

Tätigkeitsbericht
April bis September 1948.

I. Organisatorisches:

Mit Schreiben vom 16. April 1948 setzte Herr Professor Baethgen die Dienststelle davon in Kenntnis, daß er nunmehr die Geschäfte des Präsidenten übernommen habe. Durch anderweitige Geschäfte beansprucht, konnte er erst in den Tagen vom 20. - 26.7.48 der Dienststelle wie auch deren Verwaltungsstelle, der Universitätskasse Erlangen, seinen ersten Besuch abstatten. Nach gründlicher Berichterstattung seitens der Geschäftsführung und der Mitarbeiter, beließ er es bei dem bisherigen organisatorischen Aufbau bzw. der personellen Zusammensetzung der Dienststelle. Die bisherige Vertretung der Dienststelle gegenüber der Universitätskasse Erlangen durch Professor Erich Freiherr von Guttenberg konnte nun in Fortfall kommen.

Im Personalstand trat keinerlei Veränderung ein. Fräulein Dr. Peeck, deren Übertritt in den Schuldienst nach ihrem Ausscheiden aus dem Verband des Instituts sich durch technische Schwierigkeiten verzögerte, nahm interimistisch die Stelle einer Privatsekretärin Ihrer Erlaucht Gräfin Schönborn an, was den Vorteil ihres weiteren Verbleibens in Pommersfelden und damit ihrer freiwilligen weiteren Mitarbeit an der Erledigung der Instituts-Bibliotheks-Geschäfte bot.

Selbstverständlich bedeutete für das äußere Leben der Dienststelle der Termin der Währungsreform am 20.6.1948 das einschneidendste Ereignis des Berichtsabschnittes. War bisher ihre Aufbauarbeit behindert durch den weitgehenden Ausschluß vom bargeldlosen Tauschhandelsverkehr - nur eng begrenzt blieb der Kreis derer, die auf die besondere Lage staatlicher kultureller Institutionen Rücksicht nehmend, trotzdem ihr Hilfe liehen - so kam es nun dazu, daß die knappen Mittel nur in geringem Umfang die Nutznießung des neuen Wirtschaftsaufschwungs erlaubten. Mit Ministerial-Erlaß Nr. III 19156 des Bayrischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 16.4.1948 war der Dienststelle mitgeteilt worden, daß der Institutshaushalt nun von den Ländern der US-Zone gemeinsam bestritten werde, wobei Bayern die Hälfte zu decken habe. Dieser neue Mechanismus der Finanzierung auf Zonenbasis war bei der Währungsreform und bei der damit notwendig werdenden Aufstellung eines Staatsnothaushaltes noch nicht so eingespielt, daß es automatisch - wie etwa bei den rein bayrischen staatlichen Institutionen - zur Fixierung eines Monats-Betriebsmittelplans gekommen wäre, mit dem vorläufig der Staat die unmittelbar drohende Finanzkrise unter weitgehender Kürzung aller Mittel für Sachausgaben zu beheben sucht. Zu ihrer wenigstens notdürftigen Sicherstellung erreichte die Dienststelle bei der Universitätskasse Erlangen als ihrer Kasseninstanz die Anwendung eines Monats-Betriebsmittel-Plans im Umfang der für die bayrischen Staatsstellen üblichen: ca 4% (also mehr als 50% Kürzung) der ursprünglich veranschlagten Jahres-Haushaltstitel für Geschäftsbedürfnisse und Bibliotheks-Unterhalt bei völligem Wegfall des Voranschlags auf anderen Titeln; vorläufige Weiterzahlung der persönlichen Bezüge in voller Höhe. Daß mit einem von vornherein verantwortungsbewußt sparsam veranschlagten Haushalt nach solcher drastischen Kürzung kaum die Aufgaben der Dienststelle zu erfüllen sind, geschweige denn größere Aufbau-Arbeit zu leisten ist, liegt auf der Hand. Wenn die Dienststelle sogar auf letztere nicht ganz